

Schönburger Tageblatt

und Waldenburger Anzeiger.

Er scheint täglich mit Ausnahme der Tage nach Sonn- und Festtagen. Annahme von Inseraten für die nächstfolgende Nummer bis Vormittag 1/11 Uhr. Der Abonnementspreis beträgt vierteljährlich M. 1.60, für den 2. und 3. Monat M. 1.10, für den 3. Monat 55 Pf. Einzelne Nr. 10 Pf. Inserate pro Zeile 10 Pf., für auswärtig 15 Pf.

Filialen: in Altstadt-Waldenburg bei Herrn Otto Förster; in Callenberg bei Herrn Strumpfwerkler Fr. Herm. Richter; in Kaufungen bei Herrn Fr. Janaschel; in Langenschursdorf bei Herrn S. Stiegler; in Penig bei Herrn Wilhelm Dahler; in Wolkenburg bei Herrn Herm. Wildenhain; in Ziegelheim bei Herrn Eduard Riffen.

Postfachkonto Leipzig 4486

Amtsblatt für das königliche Amtsgericht und den Stadtrat zu Waldenburg.
Zugleich weit verbreitet in den Städten **Penig, Lungenau, Lichtenstein-Callenberg** und in den Ortspfanden der nachstehenden Standesamtsbezirke:
Altstadt-Waldenburg, Bräunsdorf, Callenberg, Ehrenhain, Frohnsdorf, Falken, Grumbach, Kaufungen, Langenschursdorf, Langenleuba-Niederhain, Langenleuba-Oberhain, Niederwiera, Oberwiera, Oberwinkel, Delsnitz i. E., Reichenbach, Remse, Schlagwitz, Schwaben, Wolkenburg und Ziegelheim.

N 244.

Donnerstag, den 19. Oktober

1911.

Witterungsbericht, aufgenommen am 18. Oktober, Nachm. 3 Uhr.
Barometerstand 767 mm reduziert auf den Meeresspiegel. **Thermometerstand** + 15 C. (Morgens 8 Uhr + 6,5 C. Tiefste Nachttemperatur + 3,5 C.) **Fenchtigkeitsgehalt** der Luft nach Lambrechts Polymeter 37%. **Taupunkt** + 1 C. **Windrichtung**: Süd. **Niedererschlagsmenge** in den letzten 24 Stunden bis früh 7 Uhr: 0,0 mm. **Daher Witterungsaussichten** für den 19. Oktober: Heiter.

Deutsche Landungsgruppen vom chinesischen Pöbel angegriffen.

Waldenburg, 18. Oktober 1911.

In Berlin und wohl auch in anderen Großstädten wird zurzeit ein sozialdemokratisches Flugblatt verteilt, das sich mit der Feuerungsfrage beschäftigt und zum Massenbesuche von Versammlungen einladet, die dem gleichen Zwecke zu dienen bestimmt sind. Mit diesem Flugblatt ist in der Tat der Gipfel lügnertischer Hege erstiegen. Wenn aus solcher Volksverhetzung blutige Früchte hervorgehen, wie das jüngst in Wien geschehen ist, so ist das vollkommen erklärlich, ja, man müßte sich eigentlich wundern, wenn derartige Folgen auf die Dauer ausblieben.

Man halte sich einmal folgende Sätze vor Augen: „Weil die Reichen nicht zahlen wollen, deshalb müssen die Armen jetzt hungern! Ihr Wohlleben — das ist Euer Hunger, ihr Reichtum — das ist Eure Not!“ oder: „Diese Politik der Nachtigaber (gemeint ist unsere nationale Wirtschaftspolitik) beraubt hunderttausende von Arbeiterfamilien vorzeitig ihrer Ernährer, raubt den Kindern die Mutter, den Eltern die Kinder“ oder: „Damit Eure Töchter, die ostelbischen Junker, ein Leben herrlich und in Freuden führen können, darum, Ihr Männer und Frauen des arbeitenden Volkes, müßt Ihr hungern, darum müßt Ihr zahnlos zusehen, wie Eure Kinder, Eure Lieblinge, blaß und blässer werden, wie Eure Söhne aus Mangel an geeigneter Pflege und an guter, gesunder Nahrung zu vielen Tausenden dahinsiechen und elend zugrunde gehen!“ Das ist die Sprache des Bürgerkrieges, wer so redet, der geht bewußtermaßen darauf aus, die Fackel des Aufruhrs zu entzünden und die Massen in einen Zustand besinnungsloser, blindwütiger Raserei zu versetzen, in der sie ihren zerstörenden Trieben freien Lauf lassen und zum Brandstiftung oder dem Dolche der Meuchelmörder greifen. Wer nach solchen Proben noch Luft verspürt, mit der Sozialdemokratie gemeinsame Sache zu machen und ihre Hege zu unterstützen, der ladet die schwerste Verantwortung auf sich und wird mitschuldig an allem Verderben, das dieser Höllepsaß von Lüge und Gemeinheit notwendig erzeugen muß.

Es ist selbstverständlich unmöglich, alle die lügnertischen Hegephrasen des genannten sozialdemokratischen Flugblattes, die daselbst ohne jede Begründung in die Welt geschleudert werden, im Rahmen eines kurzen Artikels auch nur annähernd zu widerlegen. Nur auf einen Punkt, der ganz besonders geeignet ist, das unwahrscheinliche Treiben und zugleich auch den arbeitler- und volksfeindlichen Charakter der Sozialdemokratie darzutun, sei daher hier in Kürze hingewiesen. Der sozialdemokratische Flugblattschreiber läuft nämlich mit wahrer Bersehterwut auch gegen die Einfuhrschemen Sturm, verurteilt, weil er weiß, daß seine Leser hiervon doch nichts verstehen und er ihnen daher die tollsten Märchen aufzubringen vermag. Das System der Einfuhrschemen wird ein „Raubersystem“ genannt, und wörtlich heißt es: „Dieses niederträchtige System besteht bekanntlich darin, daß es unseren „patriotischen“ Junkern, diesen „Vaterlandsfreunden“, ermöglicht wird, während das deutsche Volk am Hungertuche nagt, zu Schleuderpreisen große Massen in Deutschland gebaute Getreide ins Ausland zu werfen, mit denen dann dort — das Vieh gefüttert wird!“

Sobiel Unsinn und Unwahrheit ist selten in einem Satze produziert worden. Die „Junker“ sollen, wie an allem Übel in der Welt, so auch an den bösen Einfuhrschemen die Schuld tragen, und dabei geht die Einfuhrschemen auf freisinnige Anregungen, insbesondere durch die Abgeordneten Richter und Richter, zurück. Und auch jetzt noch halten die freisinnigen Handelskreise an dem System der Einfuhrschemen fest, wie dies die Ablehnung eines ihre Beseitigung fordernden Antrages durch die Königsberger Stadtverordnetenversammlung sowie ein Beschluß der Berliner Handelskammer vom 6. Oktober d. J. beweisen. Die Berliner Handelskammer äußert sich folgendermaßen: „Da

die Erhaltung der Ausfuhr für die gesamte Volkswirtschaft des deutschen Ostens notwendig ist, so darf sie nicht unmöglich gemacht werden, wie es mit Beseitigung der Einfuhrschemen geschehen würde.“

Nichts als eine elende Hegephrase ist es ferner, wenn gesagt wird, das deutsche Volk nage am Hungertuche. Nein, das deutsche Volk erfreut sich Gott sei Dank in allen seinen Schichten eines steigenden Wohlstandes und einer gegen früher wesentlich erhöhten Lebenshaltung. Selbst ein der Sozialdemokratie so nahestehender Schriftsteller wie Richard Calwer hat anerkennen müssen, daß die Löhne der Arbeiterschaft stärker gestiegen sind als die Kosten des Lebensunterhalts. Und wenn die sozialdemokratischen Propagandisten sich einmal gehen lassen und für einen Augenblick vergessen, daß sie ja doch von Partei wegen berufen sind, das Märchen von der Verelendung der Massen aufrecht zu erhalten, dann entschließen sie sich oftmals Geständnisse, die eine köstliche Illustration zu dem „Nagen am Hungertuche“ bilden. Ein solches Mißgeschick passierte erst vor wenigen Wochen dem „Vorwärts“ in seiner Nummer vom 26. September d. J. In dieser Nummer findet sich nämlich ein der Pressehege gegen die Berliner Cafetiers dienender Artikel, der zu Anfang feststellt, daß in den meisten Cafés „horrende Preise“ gezahlt werden. Zum Schlusse aber wird den Cafetiers mit der Entziehung der Kundschaft der „Berliner Arbeiter und Angestellten“ gedroht, und es heißt wörtlich: „Vielleicht können die Cafetiers dann auch zu einer ausländischen Sprache gegenüber dem betrüchtlichsten Teile ihrer bisherigen Kundschaft erzogen werden.“

Nun, wenn die Berliner Arbeiter und Angestellten in der Lage sind, den betrüchtlichsten Teil der Kundschaft von Solalen zu bilden, in denen horrende Preise gezahlt werden, so können sie wohl nicht gerade am Hungertuche nagen. Die ganze heberische Gemeinheit und verlogene Niedertracht des in Rede stehenden Flugblattes empfängt durch solches Geständnis ihr rechtes Licht.

Der türkisch-italienische Krieg.

Abgesehen von ganz unbedeutenden Vorpostenscharnmüßeln, hat sich auf dem Kriegsschauplatz nichts Bemerkenswertes zugetragen. Italien will, wie es heißt, im Falle eines Boykotts seiner Waren durch die Türkei seine vor Tripolis frei gewordenen Schiffe zu einer Aktion im Ägäischen Meere und gegen die türkischen Inseln daselbst verwenden. Da eine solche Wendung der Dinge ernste Folgen nach sich ziehen könnte, sind die Vertreter der Mächte eifrig bemüht, der Türkei von den geplanten scharfen Maßnahmen abzuraten. Am heutigen Mittwoch wird der Großvezir im Parlament seine programmatische Rede halten und darin erklären, daß die Türkei, wenn es sein müßte, den Widerstand bis zum äußersten fortsetzen würde.

Italien entschuldigt seine Maßnahmen im Ägäischen Meere mit der Notwendigkeit, seine Angehörigen in der Türkei vor schwerem wirtschaftlichen Schaden zu bewahren. In Saloniki, wo mit dem Warenboykott in schärfster Weise begonnen werden soll, würden die dort ansässigen 5000 Italiener, die der wohlhabenden Klasse angehören und die wichtigsten Unternehmungen in Händen haben, schwer geschädigt werden. Man meint daher auch in Paris, daß man von italienischer Seite auf militärische Gegenmaßnahmen gefaßt sein müsse, wenn die Türkei ihre Drohungen auf wirtschaftlichem Gebiete verwirklichte. Beunruhigend erscheint auch die neuerdings wieder sehr kriegerische Stimmung in Bulgarien.

300 türkische Soldaten mit ihren Offizieren sollen die Grenze von Tripolis überschritten und sich bei Garden an der tunesischen Grenze den französischen Truppen gestellt haben. Der französische Kommandant ließ sie entwaffnen und suchte bei seiner Regierung die Erlaubnis nach zur Heimführung der Türken über Sfax.

Italien ist halbamtlicher Meldungen zufolge zum Friedensschluß geneigt gegen Anerkennung völler Annexion Tripo-

litaniens gegen eine Geldentschädigung.

Politische Rundschau. Deutsches Reich.

Der Kaiser nimmt heute Mittwoch, am 80. Geburtstag seines unvergeßlichen Vaters, an der Enthüllung des Denkmals für diesen in Aachen teil. Der Kaiser ist von zahlreichem Gefolge begleitet. An die Aachener Feier schließt sich bekanntlich eine zweitägige Fahrt durch die Eifel, und dann nimmt der Kaiser an der Hochzeit der Tochter des preussischen Landwirtschaftsministers v. Schorlemer auf Schloß Lieser an der Mosel teil. Der Kaiser empfing am Dienstag im Beisein des Staatssekretärs von Aiderlen-Wächter den früheren persischen Gesandten am Berliner Hofe, jetzigen Botschafter in Konstantinopel Mahmud Khan, in Abschiedsaudienz. Im Anschluß daran wurde Mahmud Khan von der Kaiserin empfangen. Vormittags nahm der Kaiser im neuen Palais die Vorträge des Chefs des Militärkabinetts, Generals der Infanterie Freiherrn von Lynder und des Chefs des Admiralstabes der Marine, Vizeadmirals von Heringen, entgegen.

Der Reichskanzler hatte nach der kurzen Dienstausschreibung des Reichstags mit einer Reihe von Führern der bürgerlichen Fraktionen Besprechungen, die dem Arbeitsprogramm des Hauses, namentlich aber der Behandlung der Marokko-Interpellationen galten. Nachdem auch der Senatorenkonvent eine Sitzung abgehalten hatte, traten Abends die Mitglieder der Fortschrittlichen Volkspartei zu einer Fraktionsbesprechung zusammen, in der sie die Einbringung einer Marokko-Interpellation beschloßen. Die Konservativen hatten schon am vorausgegangenen Tage eine Fraktionsbesprechung abgehalten und gleichfalls die Einbringung einer Marokko-Interpellation beschloßen. Von sozialdemokratischer und national-liberaler Seite waren solche Interpellationen schon früher eingebracht worden, so daß bei der am heutigen Mittwoch stattfindenden Besprechung vier derartige Anfragen vorliegen.

Die Entschädigungsfrage im Marokkohandel findet eine angemessene Lösung, wenn sich eine Pariser Weltung befähigt, wonach Deutsch-Kamerun durch französisches Gebiet im Süden wie im Nordosten, nach dem Tschadsee zu, erweitert werden soll.

Die Strafprozeßreform soll vertagt werden, bis das Strafgesetzbuch verabschiedet worden ist. Da das vor 1917 nicht der Fall sein kann, bedeutet diese Vertagung ein Scheitern der Reform für die nächste Zeit.

Auf dem 2. Weltkongreß der Hotelbesitzer im Abgeordnetenhaus zu Berlin wird heute Mittwoch wahrscheinlich die Trinkgeldfrage zur Sprache kommen. Für den nächsten Weltkongreß schlug ein Mitglied aus Prag die böhmische Hauptstadt vor und überbrachte die Einladung des Prager Zweigvereins. Etwas Bedenken der deutschen Mitglieder gegen die Wahl Prags zum Tagungsort suchte der Redner dadurch zu zerstreuen, daß er behauptete, die Berichte über die Bedrängung der Deutschen in Böhmen seien Verleumdungen der Zeitungen. Das „böhmische Volk“ — er meinte die Tschechen — hege keinen Deutschenhaß.

Den Feuerungsinterpellationen im Reichstage sind sozialdemokratische Massenversammlungen in Groß-Berlin vorangegangen, die unsere Regierung, die Wirtschaftspolitik und die Großgrundbesitzer in den heftigsten Ausdrücken für den „Notstand“ verantwortlich machten. Dem gegenüber verdient doch an die Tatsache erinnert zu werden, daß trotz ungewöhnlich heißen und trockenen Sommers die Lebensmittelpreise im deutschen Reich niedriger sind als in verschiedenen Staaten des Auslandes. Rundgebungen, wie sie in Belgien, Frankreich und Oesterreich veranstaltet wurden, werden bei uns nicht stattfinden, wären aber auch erheblich grundloser als dort.

Der deutsche Außenhandel im verfloßenen September hat nach der „Voss. Zig.“ trotz der politischen Wirren gegen denselben Monat des Vorjahres eine Zunahme erfahren,